

**Niederschrift
über die Sitzung des Schulausschusses
am 09.07.2013, 17.30 Uhr, im Ratssaal
des Rathauses der Stadt Eschweiler**

Anwesende Mitglieder des Schulausschusses:

<u>Ratsmitglieder:</u>	RM Maus (CDU) als AVors. RM Schultheis (SPD) als stv. AVors.
Von der SPD:	RM Dickmeis, RM Lindner, RM Medic, RM Kendziora
Von der CDU:	RM Graff, RM Dr. Herzog
Von Bündnis 90/Die Grünen:	RM Gabriele Pieta

Sachkundige Bürger:

Von der SPD:	Frau Kirschvink, Herr Löschmann, Herr Müller
Von der CDU:	Herr Kamps
Von der UWG:	RM Waltermann

Sachkundige Einwohner:

Vertreter des Kinderschutzbundes:	Frau Kaleß
-----------------------------------	------------

Beratende Mitglieder:

Vertreter der evang. Kirche:	-
Vertreter der kath. Kirche	-

<u>Vertreter der städt. Schulen:</u>	Herr Schulleiter Eßer, Herr Schulleiter Herzog, Herr Schulleiter Leclair, Herr Schulleiter Dr. Mersch, Herr Schulleiter Schnitzler, Frau Schul- leiterin Schultes-Zartmann, Frau Schulleiterin Silbernagel
--------------------------------------	--

Gäste:

Schulamt für die Städteregion Aachen:	Herr Schulrat Norbert Greuel
---------------------------------------	------------------------------

<u>Von der Verwaltung:</u>	Herr Kamp, I / RF Frau Seeger, AL in 40
----------------------------	--

<u>Schriftführer:</u>	Herr Effenberg, 40
-----------------------	--------------------

Entschuldigt fehlten:	Herr Pfarrer Josef Wienand, Frau Krings als Ver- treterin für die Gemeinde Inden
-----------------------	---

A) Öffentlicher Teil

AVors. Maus eröffnete die Sitzung des Schulausschusses um 17.35 Uhr und begrüßte die Ausschussmitglieder, Herrn Schulrat Greuel, die Mitarbeiter der Verwaltung, die Vertreter der Presse sowie die anwesenden Zuhörer.

AVors. Maus stellte fest, dass die Einladung zur Sitzung des Schulausschusses sowie die Versendung der Tagesordnung frist- und formgerecht erfolgte.

Des Weiteren stellte er fest, dass mehr als die Hälfte der Mitglieder des Schulausschusses anwesend war und dass die Zahl der anwesenden Ratsmitglieder die Zahl der anwesenden Sachkundigen Bürger überstieg. Somit war die Beschlussfähigkeit gegeben.

Änderungswünsche zur Tagesordnung wurden nicht vorgetragen, sodass die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten wurde:

Tagesordnung		Vorlagen-Nummer
A	Öffentlicher Teil	
A 1	Genehmigung einer Niederschrift	- ohne -
A 2	Einführung und Verpflichtung eines beratenden Mitglieds	208/13
A 3	Einführung und Verpflichtung eines sachkundigen Bürgers	224/13
A 4	Kooperation der Schulträger der Förderschulen in der Städteregion zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention / 9. Schulrechts-änderungsgesetz	223/13
A 5	Bestellung eines stimmberechtigten Vertreters für die Schulkonferenz der KGS Barbaraschule zur Wahl der Schulleiterin / des Schulleiters	206/13
A 6	Entwicklung der Schülerzahlen an der Hauptschule sowie des Standortes der Gemeinschaftshauptschule Stadtmitte	167/13
A 7	Zusammensetzungen der Anmeldungen zum Schuljahr 2013/14 (5. Jgst.) an weiterführenden Schulen; gesonderte Betrachtung der rückläufigen Anmeldungen am städt. Gymnasium	205/13
A 8	Einführung des offenen Ganztagsbetriebs an der KGS Barbaraschule zum Schuljahr 2014/15	203/13
A 9	Sachstandsbericht Bildung und Teilhabe	218/13
A 10	Appell zur Fortführung der Schulsozialarbeit aus dem Bildungs- und Teilhabepaket	189/13

A 11	Gesamtschule Waldschule; Sachstandsbericht zu den beschlossenen Sanierungs-/Baumaßnahmen und Ausführungen weiterer Sanierungsmaßnahmen	194/13
A 12	Offene Ganztagschulen in Eschweiler; hier: Qualitätsstandards zu Kommunikation und Kooperation – verbindliche Strukturen der Zusammenarbeit aller Beteiligten	220/13
A 13	Sicherung des Fortbestandes des Vereins für allgemeine und berufliche Weiterbildung e.V. (VABW)	219/13
A 14	Erfahrungsbericht über die Arbeit des Bildungsbüros der Städteregion Aachen in Bezug auf Eschweiler	200/13
A 15	Verwendung Hauptschulgebäude Dürwiß; hier: Vorstellung der Planung	193/13
A 16	Anfragen und Mitteilungen	
A 16.1	Genehmigung der Einführung des gebundenen Ganztags an der Willi-Fährmann-Schule	- ohne -
B	Nichtöffentlicher Teil	
B 1	Lieferung von Mittagessen	171/13
B 2	Anfragen und Mitteilungen	

A 1) Genehmigung einer Niederschrift **- ohne -**

Die Niederschrift über die Sitzung des Schulausschusses am 05.02.2013 wurde einstimmig genehmigt.

A 2) Einführung und Verpflichtung eines beratenden Mitgliedes **VV-Nr. 208/13**

Das beratende Mitglied **Joachim Herzog** wurde durch den **AVors. Maus** eingeführt und in feierlicher Form zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben verpflichtet.

A 3) Einführung und Verpflichtung eines sachkundigen Bürgers **VV-Nr. 224/13**

Der sachkundige Bürger **Jörg Löschmann** wurde durch den **AVors. Maus** eingeführt und in feierlicher Form zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben verpflichtet.

A 4) Kooperation der Schulträger der Förderschulen in der Städteregion zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention / 9. Schulrechtsänderungsgesetz **VV-Nr. 223/13**

AVors. Maus übergab das Wort an **Herrn Schulrat Norbert Greuel**, der im Rahmen einer Präsentation die wesentlichen Inhalte des Entwurfs zum 9. Schulrechtsänderungsgesetz und die Folgen für die Stadt Eschweiler – insbesondere im Hinblick auf die Willi-Fährmann-Schule – darstellte.

Herr Schulrat Greuel erläuterte zunächst, die Inklusion sei Teil der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen und stelle insofern ein Menschenrecht dar.

Der Gesetzesentwurf stelle hierbei nur den ersten Schritt zur Umsetzung dar und werde als Prozess langfristig umgesetzt. Der Begriff Inklusion umfasse jedoch nicht nur den Gemeinsamen Unterricht (GU), sondern zielen auf die vollständige Teilhabe aller Personen ab, die von Marginalisierung (Ausgrenzung) bedroht sind.

Zu den grundsätzlichen Aspekten des Entwurfs des 9. Schulrechtsänderungsgesetzes wird auf das als Anlage beigefügte Handout der Präsentation des Herrn Greuel verwiesen.

Herr Schulrat Greuel erklärte, dass insbesondere die im Zusammenhang mit der Schulrechtsänderung beabsichtigte Änderung der Verordnung über die Schulgrößen eine wesentliche Neuerung darstelle, die seiner Auffassung nach erhebliche Auswirkungen haben werde. Aktuell belaufe sich die Zahl der Schüler/innen an der Willi-Fährmann-Schule auf 154, für das Schuljahr 2013/14 würden 135 Schüler/innen erwartet. Im Falle des Inkrafttretens des Entwurfs der Verordnung sei eine Schließung durch den Schulträger im Jahr 2015 unumgänglich.

Allerdings sei von Seiten des Ministeriums beabsichtigt, hierzu zwei Alternativen anzubieten. Einerseits sei beabsichtigt, den Erhalt durch den Zusammenschluss mehrerer Verbundschulen zu ermöglichen; alternativ sehe der Gesetzesentwurf die Umwandlung zu schließender Förderschulen in so genannte Unterstützungszentren (im Gesetzesentwurfstext ist von „schulischen Lernorten“ die Rede) vor. Unterstützungszentren würden dann eine vorübergehende Beschulung von Schülern mit Förderbedarf „E“ mit dem Ziel der baldigen Rückkehr in die Heimatschulen sicherstellen.

Herr Schulrat Greuel stellte anschließend die aktuellen Unterstützungsmöglichkeiten des Schulamtes der Städteregion Aachen bzw. des Landes NRW (z.B. Fortbildungen für Lehrer an Regelschulen über das Bildungsbüro im Rahmen der Schulentwicklung, die Tätigkeit der jeweils halbtags beim Schulamt für die Städteregion Aachen beschäftigten Mitarbeiterinnen Claudia Dimmers und Susanne Becker) dar.

Er erläuterte, es bestehe weiterhin Handlungsbedarf in verschiedenen Bereichen, so z.B. im Bereich der (überregionalen) Schulentwicklungsplanung, der Schaffung einer ausreichenden Zahl inklusiver Plätze an Schulen und der Erstellung eines Konzepts für Unterstützungszentren.

Frau Kaleß bat um Mitteilung, wie dem Elternwillen gefolgt werden könne, wenn gleichzeitig die Schließung von Schulen veranlasst werde. **Herr Schulrat Greuel** erklärte hierzu, ein Wahlrecht bestehe lediglich innerhalb der bestehenden Kapazitäten. Demzufolge sei eine Wahl nicht mehr möglich, wenn eine Schule geschlossen worden sei.

RM Pieta erkundigte sich nach ersten Ideen bzw. Denkansätzen zur Budgetierung der Lehrerstellen. **Herr Schulrat Greuel** erläuterte, eine gleichmäßige Verteilung der zur Verfügung stehenden Stellen sei nicht möglich; schließlich sei auch die Zahl der Schüler/innen mit Förderbedarf in den einzelnen Schulen unterschiedlich. Die beim Schulamt für die Städteregion Aachen tätigen Schulräte seien sich darüber einig, die Stellen zunächst entsprechend der Dringlichkeit aufzuteilen und zu einem späteren Zeitpunkt eine Evaluation durchzuführen. Auf die Frage der **Ratsfrau Pieta**, anhand welcher Kriterien zu entscheiden sei, ob ein Schüler eine allgemeine Schule besuche oder ob die Beschulung in einem Unterstützungszentrum erfolgen solle, verwies **Herr Schulrat Greuel** auf die AO-SF – Verfahren zur Feststellung des Förderbedarfes.

RM Schultheis wies darauf hin, dass insbesondere bei den Eltern noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten sei. **Herr Schulrat Greuel** erklärte hierzu, nach seiner Auffassung empfänden einige Eltern die gemeinsame Beschulung von Schülerinnen/Schülern mit und ohne Förderbedarf als Bereicherung. Dies sei früher nur selten der Fall gewesen; insofern sei ein Wandel feststellbar.

RM Pieta erkundigte sich nach der Idee kleinerer Klassen im Falle integrativer Beschulung. **Herr Schulrat Greuel** erläuterte, dies sei im Falle von Grundschulen aktuell aufgrund der Bestimmungen des 8. Schulrechtsänderungsgesetzes bereits möglich; für Klassen der Sekundarstufe I sehe der Entwurf des 9. Schulrechtsänderungsgesetzes eine entsprechende

Möglichkeit vor. Allerdings erwarte er dahingehend keinen dringenden Handlungsbedarf, da an den allgemeinen Schulen keine unkontrollierbare Zunahme von Schülerinnen / Schülern mit Förderbedarf zu erwarten sei.

Frau Kaleß bat darum, die personelle Situation des offenen Ganztags in der Primarstufe stärker in den Fokus zu rücken. **Herr Schulrat Greuel** stimmte diesbezüglich zu.

Herr SL Eßer erklärte, der Möglichkeit einer Umwandlung in ein Kompetenzzentrum stehe er aufgeschlossen gegenüber. Schließlich werde bereits jetzt zwischen der Willi-Fährmann-Schule und den meisten übrigen weiterführenden Schulen im Stadtgebiet Eschweiler zusammengearbeitet; er verstehe die Einrichtung des Kompetenzzentrums als Möglichkeit, als Dienstleister für die allgemeinen Schulen zu fungieren und wies darauf hin, dass eine weitere Beschulung bestimmter Schüler/innen (z.B. Schüler/innen mit schwersten Verhaltensauffälligkeiten / derzeit 20 Schüler/innen der Willi-Fährmann-Schule) an einer Förderschule sinnvoll sei, da eine Beschulung an allgemeinen Schulen problematisch sein könnte.

RM Medic gab zu bedenken, dass durch die Notwendigkeit zusätzlicher Integrationshelfer höhere Kosten möglich sein könnten. **Herr Schulrat Greuel** bat diesbezüglich um Geduld. Er erklärte, nach seiner Meinung sei die alleinige Zuordnung eines Integrationshelfers zu einem einzelnen Schüler problematisch. Das Ministerium verweise in der Finanzierungsfrage auf die Bundesgesetzgebung; es sei jedoch bereits eine Bundesratsinitiative zur Bündelung der Kompetenzen für Integrationshelfer (z.B. Zuordnung Integrationshelfer zu einer Klasse) angekündigt.

Herr Kamp erklärte, der Grund für die Erstellung der Verwaltungsvorlage sei die beabsichtigte Kooperation auf städteregionaler Ebene und die Sicherstellung der hierfür notwendigen Handlungsfähigkeit der Verwaltung gewesen.

Die Mitglieder des Schulausschusses beschlossen einstimmig, die Kooperation der Schulträger der Förderschulen innerhalb der Städteregion zu befürworten und die Verwaltung zu beauftragen, an dem gemeinsamen Planungsprozess mitzuarbeiten sowie den Schulausschuss über die Ergebnisse des Prozesses zu informieren.

Nach einer Pause wurde die Sitzung des Schulausschusses um 18:50 Uhr fortgesetzt.

A 5) Bestellung eines stimmberechtigten Vertreters für die Schulkonferenz der KGS Barbaraschule zur Wahl des Schulleiters / der Schulleiterin

VV-Nr. 206/13

RM Schultheis erklärte zunächst, die zur Zeit an der KGS Röthgen tätige kommissarische Schulleiterin, Frau Wunderlich, sei durch die Schulkonferenz der KGS Barbaraschule einstimmig zur Schulleiterin dieser Grundschule gewählt worden.

Die Mitglieder des Schulausschusses beschlossen einstimmig, die dringliche Entscheidung vom 19.06.2013 mit dem in der Verwaltungsvorlage dargelegten Wortlaut zu genehmigen.

A 6) Entwicklung der Schülerzahlen an der Hauptschule sowie des Standortes der Gemeinschaftshauptschule Stadtmitte

VV-Nr. 167/13

Die Mitglieder des Schulausschusses beschlossen einstimmig, keine kurzfristigen Änderungen in der Schulstruktur im Sekundarbereich zu veranlassen.

A 7) Zusammensetzungen der Anmeldungen zum Schuljahr 2013/14 (5. Jgst.) an weiterführenden Schulen; gesonderte Betrachtung der rückläufigen Anmeldungen am städtischen Gymnasium

VV-Nr. 205/13

Die Mitglieder des Schulausschusses nahmen die Sachverhaltsausführungen in der Verwaltungsvorlage zur Kenntnis.

A 8) Einführung des offenen Ganztagsbetriebs an der KGS Barbara-Schule zum Schuljahr 2014/15

VV-Nr. 194/12

RM Pieta bat um Mitteilung, ob im Rahmen der Einführung des offenen Ganztagsbetriebes Baumaßnahmen notwendig seien. Zudem warf sie die Frage auf, ob die Einführung des Offenen Ganztagsbetriebs einen Einfluss auf die KGS Röthgen habe.

Herr Kamp erklärte hierzu, voraussichtlich seien nur geringfügige Baumaßnahmen, z.B. für die Einrichtung einer Küche, notwendig. Der hierdurch begründete Aufwand sei jedoch überschaubar. Hinsichtlich des Einflusses auf die KGS Röthgen wies er darauf hin, dass es sich bei der KGS Barbaraschule und der KGS Röthgen zukünftig um eine Schule an zwei Standorten mit nur einer Schulleitung handeln werde. Er erwarte keine mit der Einführung verbundenen Problematiken und stehe der Maßnahme im Gegenteil aufgeschlossen gegenüber.

Frau Kaleß sprach sich ebenfalls für die Einführung des offenen Ganztagsbetriebes aus und verwies auf die seit längerer Zeit steigenden Anmeldezahlen für den Offenen Ganztagsbetrieb an der KGS Röthgen. Sie erklärte, die Einführung des Offenen Ganztagsbetriebes an der KGS Barbaraschule stelle eine Bereicherung dar.

Die Mitglieder des Schulausschusses beschlossen einstimmig, die Verwaltung zu beauftragen, in enger Abstimmung mit der Schule ein Konzept für die Einführung des offenen Ganztagsbetriebs an der KGS Barbaraschule zu entwickeln und versehen mit den daraus folgenden finanziellen Auswirkungen so bald als möglich dem Schulausschuss und Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen. Vorbehaltlich der haushaltsrechtlichen und schulorganisatorischen Umsetzbarkeit soll die Einführung des Ganztags zum Schuljahr 2014/15 angestrebt werden.

A 9) Sachstandsbericht Bildung und Teilhabe

VV-Nr. 194/12

Die Mitglieder des Schulausschusses nahmen die Sachverhaltsausführungen in der Verwaltungsvorlage zur Kenntnis.

A 10) Appell zur Fortführung der Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes

VV-Nr. 189/13

RM Schultheis bat um Mitteilung, ob bereits neue Erkenntnisse oder Informationen von Seiten des Bundesrates vorlägen. Dies wurde durch **Herrn Kamp** verneint.

Die Mitglieder des Schulausschusses beschlossen, dem Rat der Stadt Eschweiler zu empfehlen, den Appell der Bürgermeister in der Städteregion Aachen zur Fortführung der Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes mit einer wortgleichen Resolution nachhaltig zu unterstützen sowie die Verwaltung zu beauftragen, dem Schul- und Jugendhilfeausschuss über die weitere Entwicklung in 2013 zu berichten.

A 11) Gesamtschule Waldschule;

Sachstandsbericht zu den beschlossenen Sanierungs-/Baumaßnahmen und Ausführung weiterer Sanierungsmaßnahmen

VV-Nr. 194/13

RM Waltermann erklärte, die für das Jahr 2013 angegebenen Investitionen hätten nur einen minimalen Anteil an den notwendigen Gesamtinvestitionen. In den Folgejahren seien Millioneninvestitionen notwendig.

Herr Herzog wies darauf hin, dass ein weiteres Hinauszögern von Maßnahmen kritisch zu betrachten sei. Er sei zuversichtlich, dass bereits in 2013 Maßnahmen umgesetzt würden.

Die Mitglieder des Schulausschusses nahmen die Sachverhaltsausführungen in der Verwaltungsvorlage zur Kenntnis.

A 12) Qualitätsstandards an offenen Ganztagsgrundschulen in Eschweiler;
hier: Qualitätsstandards zu Kommunikation und Kooperation – verbindliche Strukturen der Zusammenarbeit aller Beteiligten **VV-Nr. 220/13**

Die Mitglieder des Schulausschusses nahmen die Sachverhaltsausführungen in der Verwaltungsvorlage zur Kenntnis.

A 13) Sicherung des Fortbestandes des Vereins für allgemeine und berufliche Weiterbildung e.V. (VABW) **VV-Nr. 219/13**

RM Waltermann wies darauf hin, dass die Wählergemeinschaften in der Städteregion Aachen nicht Adressat des VABW-Anschreibens vom 14.03.2013 gewesen seien. Dort seien lediglich die Parteien berücksichtigt worden.

RM Schultheis erklärte, er sei seit dem Jahr 2003 im Vorstand des VABW vertreten. Er bot an, sich in der vorgenannten Anfrage des Herrn Waltermann zu erkundigen und diesen entsprechend zu informieren.

Die Mitglieder des Schulausschusses beschlossen einstimmig, dem Rat der Stadt Eschweiler zu empfehlen,

1. der Notwendigkeit des VABW als kommunal bestimmter und städteregional ausgerichteter Bildungsträger zur Lösung arbeitsmarktpolitischer sowie bildungspolitischer Aufgaben in der Städteregion Aachen zuzustimmen.
2. den von der Mitgliederversammlung und dem Vorstand des VABW e.V. vorgeschlagenen Weg der breiteren solidarischen Finanzierung von Teilen der erforderlichen Eigenmittel des Vereins zu unterstützen
3. es zu begrüßen, wenn die bisher von den regionsangehörigen Städten geleisteten Zuschüsse in Höhe von insgesamt 171.540,00 Euro/Jahr ab 2014 als Solidarbeitrag im Rahmen der Ausgleichsfunktion der Städteregion über den Haushalt der Städteregion Aachen finanziert werden und die Verwaltung zu beauftragen, einen entsprechenden Antrag an die Städteregion zu richten.

Zudem soll dem Rat der Stadt Eschweiler empfohlen werden, die Städteregion in Kooperation mit allen regionsangehörigen Kommunen zu bitten, ein Konzept zur Strukturierung außerschulischer Bildungs-, Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen zu erarbeiten. Aus diesem Konzept soll sich auch ergeben, ob sich durch die Strukturierung wirtschaftliche Synergien ergeben können; es soll zunächst in der Bürgermeisterkonferenz und anschließend in die Räte und den Städteregionstag zur Beschlussfassung eingebracht werden.

A 14) Erfahrungsbericht über die Arbeit des Bildungsbüros der Städteregion Aachen in Bezug auf Eschweiler **VV-Nr. 200/13**

RM Waltermann betonte die Notwendigkeit weiteren Finanzierung der Arbeit des Bildungsbüros der Städteregion Aachen und erklärte, die Erfahrung zeige, dass in einem solchen Fall gute Bildungsarbeit durch geringe finanzielle Mittel möglich sei.

Die Mitglieder des Schulausschusses nahmen die Sachverhaltsausführungen in der Verwaltungsvorlage zur Kenntnis.

A 15) Verwendung Hauptschulgebäude Dürwiß;
hier: Vorstellung der Planung

VV-Nr. 193/13

Die Mitglieder des Schulausschusses nahmen die Sachverhaltsausführungen in der Verwaltungsvorlage zur Kenntnis.

A 16) Anfragen und Mitteilungen

VV-Nr.-ohne-

AVors. Maus unterrichtete die Mitglieder des Schulausschusses darüber, dass Herr Leclaire (Schulleiter der KGS Bohl) in naher Zukunft in den Ruhestand versetzt werde. AVors. Maus dankte Herrn Leclaire, der als Sprecher der Eschweiler Grundschulen Schulausschussmitglied mit beratender Funktion war, für sein Engagement und wünschte ihm für die Zukunft viel Erfolg.

A 16.1) Genehmigung der Einführung des gebundenen Ganztags an der
Willi-Fährmann-Schule

VV-Nr.-ohne-

Frau Seeger teilte mit, dass entsprechend der Beschlüsse aus dem Jahr 2012 (Vorlagen-Nr. 344/12) bei der Bezirksregierung Köln der Antrag auf Einführung des gebundenen Ganztags an der Willi-Fährmann-Schule gestellt wurde. Diese habe das Vorhaben jedoch lediglich teilweise, nämlich lediglich bezogen auf die Jahrgangsstufen 5 und 6 genehmigt. Von der neuen Regelung seien nach aktuellem Stand daher lediglich 18 Schüler/innen betroffen, von denen wiederum lediglich 10 Schüler/innen am Mittagessen teilnahmen. Da die von den städtischen Gremien genehmigte Verausgabung von Haushaltsmitteln an die Sicherung des Standortes der Willi-Fährmann-Schule gebunden sei und diese zum derzeitigen Stand nicht feststehe (Verweis auf TOP 4 – 9. Schulrechtsänderungsgesetz), sei die Verwaltung bemüht, zunächst eine kostengünstige Lösung für die Beschulung im gebundenen Ganztags zu finden.

Der öffentliche Teil der Sitzung des Schulausschusses endete um 19:17 Uhr.